

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Gemeinsam für Klimaschutz, Sichere Arbeitsplätze, Soziale Gerechtigkeit**

26.11.2019

#### **Gewerkschaften und DGB unterstützen den erneuten Aufruf von Fridays for Future zum Klimaaktionstag.**

Der Erhalt der Natur und unserer Lebensgrundlage ist Teil unserer Geschichte und der Einsatz dafür Teil gewerkschaftlicher Tradition. Auf Grundlage dieser Tradition waren Gewerkschafter\*innen im September auf der Straße und haben für einen tatsächlichen Klimawandel Flagge gezeigt. Deshalb rufen wir auch heute wieder alle Karlsruherinnen und Karlsruher auf, sich den erneuten Protesten von Fridays for Future am 29.11.2019 hier in Karlsruhe anzuschließen.

Das Klimapaket, das die Bundesregierung vorgelegt hat, ist eine Enttäuschung. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist viel zu zögerlich und schafft keine ökologische Lenkungswirkung. Wir stehen klar für die Einhaltung der Klimaziele des Pariser Abkommens, in dem sich die Welt zu einer drastischen CO<sub>2</sub>-Reduktion verpflichtet hat. Der DGB steht zu dem von der sogenannten Kohlekommission ausgehandelten Kompromiss zum Ende der Kohleverstromung in Deutschland. Die Gewerkschaftsvertreter in der Kommission haben dafür gesorgt, dass 2038 als spätestes Enddatum festgelegt worden ist. In den davon besonders betroffenen Regionen soll, unterstützt durch staatliche Investitionen, die Wirtschaft zukunftsfähig gemacht werden, damit wieder neue gute Arbeitsplätze entstehen können.

Auch bei Gebäudesanierungen und Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft besteht dringender Handlungsbedarf, ebenso im Bereich Verkehr als drittgrößtem Klimaverschmutzer in Deutschland. Der Schienenausbau für Nah- und Fernverkehr muss voran getrieben und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gefördert werden. Dazu gehört auch der Ausbau der Stromnetze, die den Anforderungen von Verkehrs- und Wärmewende derzeit nicht genügen. Wir brauchen neue Mobilitätskonzepte, die nicht nur die E-Mobilität fördern, sondern auch die Infrastruktur für mittelfristig verfügbare Alternativen wie den Wasserstoffantrieb schaffen.

Klimaschutz darf allerdings keine soziale Schlagseite bekommen. Umwelt- und Klimaschutz muss leistbar sein für alle, nicht nur für Wohlhabende. Beides darf auch nicht zu Lasten von Beschäftigung gehen. Dafür muss die Politik sorgen.

**Pressestelle Karlsruhe**

PM 19

**Uta van Hoffs**  
Regiosekreterin

karlsruhe@dgb.de

Telefon: 0721/ 9 31 21-0  
Telefax: 0721/ 9 31 21-30

Ettlinger Str. 3a  
76137 Karlsruhe

nordbaden.dgb.de